

01 - Büro des Oberbürgermeisters

Datum:  
15.04.2010

## **Antrag der Gruppe SPD / CDU**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

Betrifft:  
**Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben sichern (Antrag der Gruppe SPD/CDU vom 25.02.2010, eingegangen am 03.03.2010)**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	N	27.04.2010	Verwaltungsausschuss
	Ö	28.04.2010	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

Siehe Antrag der Gruppe SPD/CDU vom 25.02.2010.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird die entsprechenden Daten erheben.  
Zur konkreten Beantwortung wird der Antrag in den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 20,00 €
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:



SPD-Fraktion  
Auf dem Meere 14/15, 21335 Lüneburg

CDU-Fraktion  
Bürgergarten 4, 21337 Lüneburg

Gruppensprecher:  
Heiko Dörbaum

Hansestadt Lüneburg  
Herr Oberbürgermeister  
Ulrich Mädge

Stellvertr. Gruppensprecherin:  
Regina Baumgarten

---

21335 Lüneburg

Lüneburg, den 25.02.2010

### **Antrag zur Sitzung des Rates am 29.04.2010**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,

zur o.a. Sitzung des Rates stellen wir folgenden Antrag

### **Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben sichern**

Der Rat möge folgendes beschließen:

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sind die Bedarfs- und Regelsätze nach dem Sozialgesetzbuch II durch die Bundesregierung neu zu berechnen. Wir erwarten, dass es dadurch wesentliche Verbesserungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, geben wird.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass

1. die Bundes- und Landesregierung zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden bedarfsgerechte Regelsätze festlegt,
2. die Hansestadt Lüneburg und der Landkreis Lüneburg die bisher schon praktizierten Regelungen wie z.B. Verbesserung der Ganztagsbetreuung in Schulen, Teilnahmemöglichkeit an Mittagessenangeboten, Förderung der Mitgliedschaft von Jugendlichen in Sportvereinen, Wahrnehmung von stadteilorientierten Angeboten und Gebührenermäßigung in kommunalen Einrichtungen in einer Bestandserhebung erfasst und
3. die in anderen Städten (z.B. Hannover, Oldenburg, Braunschweig) praktizierten Regelungen („Sozialticket“) auf Umsetzbarkeit geprüft und mit den Grund- und Finanzierungsdaten dargestellt werden.

Die Ergebnisse der o.a. Prüfungen bitten wir bis zum Herbst 2010 in einem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorzustellen.

**Begründung:**

Mit der aktuellen Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt, dass allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes eine gleichberechtigte Chance für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährt werden muss und dass die gegenwärtige Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze verfassungswidrig ist.

Ein menschenwürdiges Existenzminimum ist durch eine Neuregelung, die bis zum Ende des Jahres vorliegen muss, zu garantieren.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass die neuen Regelungen zu Verbesserungen führen und die kommunale Ebene entlasten. Mit hoher Priorität müssen gleiche Bildungschancen für Kindern und Jugendliche gewährleistet werden.

Die Stadt Lüneburg gewährt zurzeit eine Vielzahl von zusätzlichen Leistungen. Diese Leistungen dienen vorrangig der Verbesserung von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche.

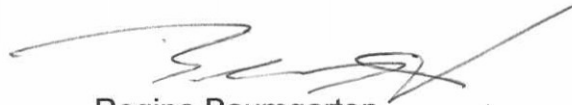
Vergleichbare Leistungen werden auch vom Landkreis Lüneburg gewährt.

Mit der Umsetzung des o.a. Antrages sollen Grundlagen für eine Bewertung der Leistungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in die Zukunft gerichtet für die Region Lüneburg ermöglicht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Heiko Dörbaum



Regina Baumgarten

01

über V

Ratsantrag der Gruppe SPD/CDU vom 25.02.2010  
(Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben sichern)

01 R 2. u. V,

Mit 24/4.

### Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung kann die im Antrag unter 2. gewünschte Bestandserhebung der bereits praktizierten Regelungen in Hansestadt Lüneburg und Landkreis Lüneburg durchführen, und die unter 3. genannten Regelungen in anderen Städten auf Umsetzbarkeit prüfen und mit den gewünschten Daten darstellen.

Die Ergebnisse könnten frühestens im Herbst 2010 im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgestellt.



Herder

01 - Büro des Oberbürgermeisters

Datum:  
29.03.2010

## **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

Betrifft:  
**Resolution zur Finanzkrise (Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 28.03.2010, eingegangen am 29.03.2010)**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
	N	27.04.2010	Verwaltungsausschuss
	Ö	28.04.2010	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

Siehe Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 28.03.2010

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 20,00 €
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:
  - Produkt / Kostenträger:
  - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:



Eig. per Email am 29.03.2010



ULRICH BLANCK, DAHLENBURGER LANDSTRASSE 179A, 21337 LÜNEBURG

**Stadtratsfraktion Lüneburg**

Oberbürgermeister Mäde  
- Rathaus -  
  
21335 Lüneburg

**Ratsherr Ulrich Blanck**  
Wirtschaftspolitischer Sprecher  
Dahlenburger Landstraße 179a  
21337 Lüneburg

28.03.2010

*ORK  
2. u. V.  
29/3.*

Antrag zur nächsten Sitzung des Rates

**Resolution zur Finanzkrise: Nicht einfach die kleinen hängen und die großen laufen lassen!**

Der Rat der Stadt Lüneburg fordert die Bundesregierung auf keine allgemeine Bankenabgabe einzuführen. Der Rat der Stadt Lüneburg fordert die Bundesregierung auf differenziertere und sachgerechtere Lösungen zu erarbeiten.

**Begründung:**

Die geplante Abgabe würde dazu führen, dass Sparkassen und Volksbanken die Spielräume bei der Vergabe von Krediten zusätzlich eingeengt werden. Dieses würde auch in der Region Lüneburg die Kreditversorgung kleiner und mittelständischer Betriebe unnötig verschlechtern. Sparkassen und damit letztlich die Kommunen als Eigner, respektive Gewährsträger, werden hiermit in eine Mitverantwortung genommen obwohl gerade sie nicht verantwortlich für die Zockergeschäfte der Privatbanken sind.

Anstatt die klassischen örtlichen Finanzdienstleister von Handwerk und Mittelstand zu belasten sollte die Bundesregierung auch und gerade die Versicherungen sowie die Hedge-Fonds in die Abgabe einbeziehen. Risiken für das Finanzsystem entstehen nicht allein in Banken. Müssen nur Kreditinstitute die Abgabe zahlen, besteht die Gefahr, dass Risiken sich zu anderen Finanzdienstleistern verlagern, die dann die nächste Krise auslösen können.

Auch der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis verweist darauf, dass eine Belastung der Sparkassen Folgen für die angeschlagenen Kommunen haben könnte, da sich die Gewerbesteuereinnahmen deutlich verringern würden.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich

Für die Fraktion

SPD-Fraktion  
Auf dem Meere 14/15, 21335 Lüneburg

CDU-Fraktion  
Bürgergarten 4, 21337 Lüneburg

Gruppensprecher:  
Heiko Dörbaum

Hansestadt Lüneburg  
Herrn Oberbürgermeister  
Ulrich Mädge

21335 Lüneburg

*OK R 2. u. B.  
M 28/4*

Stellvertr. Gruppensprecherin:  
Regina Baumgarten

Lüneburg, den 27.04.2010

**Änderungsantrag zum Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Rates (TOP 6.4)  
am 28.04.2010**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ulrich Mädge,

zur o.a. Ratssitzung stellen wir folgenden Änderungsantrag:

„Der Rat der Hansestadt Lüneburg ist der Auffassung, dass die Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht für die Spekulationsgeschäfte vieler Privatbanken durch eine allgemeine Bankenabgabe mitverantwortlich gemacht werden sollen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, keine allgemeine Bankenabgabe für Sparkassen und Volksbanken einzuführen.“

**Begründung:**

Die geplante Abgabe würde dazu führen, dass Sparkassen und Volksbanken die Spielräume bei der Vergabe von Krediten zusätzlich eingeengt werden. Dieses würde auch in der Region Lüneburg die Kreditversorgung kleiner und mittelständischer Betriebe unnötig verschlechtern. Sparkassen und Volksbanken werden dadurch in eine Mitverantwortung genommen, obwohl gerade sie nicht verantwortlich sind für die Spekulationsgeschäfte vieler Privatbanken, die direkt in die Finanzkrise geführt haben. Hinzukommt, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Gegensatz zu privaten Banken bereits eine Institutssicherung haben. Sie garantiert, dass diese nicht zahlungsunfähig werden, sondern vom Verbund gesichert sind. Das Systemrisiko liegt also praktisch bei Null.

Anstatt die klassischen örtlichen Finanzdienstleister von Handwerk und Mittelstand zu belasten sollte die Bundesregierung neben privaten Banken auch andere Finanzinstitute, wie Versicherungen und Hedge-Fonds, in die Abgabe einbeziehen. Denn Risiken für das Finanzsystem entstehen nicht allein in Banken. Müssen nur

Kreditinstitute die Abgabe zahlen, besteht die Gefahr, dass Risiken sich zu anderen Finanzdienstleistern verlagern, die dann die nächste Krise auslösen können. Darauf weisen selbst die privaten Banken hin.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis verweist im Übrigen auch darauf, dass eine Belastung der Sparkassen als Folge für die Kommunen haben könnte, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen deutlich verringern.

Mit freundlichen Grüßen



Heiko Dörbaum



Regina Baumgarten

01 - Büro des Oberbürgermeisters

Datum:  
15.04.2010

## **Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

Betrifft:

**Abschaffung der Gewerbesteuer / Auswirkungen des FDP-Steuerkonzeptes auf den städt. Haushalt (Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 14.04.2010, eingegangen am 15.04.2010)**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	28.04.2010	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

Siehe Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 14.04.2010.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg nimmt Kenntnis.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

a) für die Erarbeitung der Vorlage: 10,00 €

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:



Eingang per Email  
15.04.10 14:37

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



ANDREAS MEIHSIES DAMMSTRASSE 11 21337 LÜNEBURG

Oberbürgermeister Mädge  
- Rathaus -

21335 Lüneburg

*OR 2. u. B.  
14/4.*

**Stadtratsfraktion Lüneburg**

Ratsherr Andreas Mehsies  
Fraktionsvorsitzender

Dammstraße 11  
21337 Lüneburg

Tel.: 860744  
Fax : 860745  
E-Mail: mehsies@rathaus-aktuell.de

14.04.2010

**Anfrage zur Ratssitzung im April.2010**

**Titel Abschaffung der Gewerbesteuer/Auswirkungen des FDP  
Steuerkonzeptes auf den Städt. Haushalt**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant, die Gewerbesteuer durch eine sogenannte  
Wirtschaftssteuer zu ersetzen. Bei der Wirtschaftssteuer wird den Kommunen ermöglicht  
, eigene Hebesätze auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftssteuer zu erheben.

Dieses Modell wird von den kommunalen Spitzenverbänden seit Jahren abgelehnt

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Was sind die Ursachen für den Absturz der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2009 und die Prognosen für die folgenden Jahre?
2. Was hält die Verwaltung von dem Vorschlag einer Gemeindegewerbesteuer?
3. Wie sähe eine konkrete Umsetzung für den Bereich der Hansestadt Lüneburg aus?
4. Was bedeutet eine Umstellung des Gemeindesteuersystems für die Kreisumlage?
5. Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um eine nachhaltige sachgerechte Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten?
6. Welche Auswirkungen hätte das 5 Stufensteuermodell der FDP auf den Städtischen Haushalt?

Für die Fraktion

*Andreas Mehsies*